

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
"NEIN ZUR SCHWÄCHUNG UNSERER ARMEE"

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern, Tel. 031/44 58 94

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 12. Januar 1987

Sehr geehrte Damen und Herren

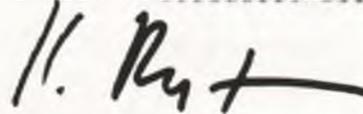
Nach der Gründung des Schweizerischen Aktionskomitees "Nein zur Schwächung unserer Armee" werden wir Ihnen ab heute und bis zum Abstimmungstermin vom 5. April 1987 regelmässig unseren Pressedienst zur Verfügung stellen. Prominente politische Autoren werden darin ihre Gründe darlegen, die sie dazu veranlassen, die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lancierte Volksinitiative "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" zur Verwerfung zu empfehlen.

In der ersten Ausgabe unseres Pressedienstes erläutert der als Co-Präsident des Komitees amtierende St. Galler CVP-Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, warum das sogenannte "Rüstungsreferendum" eindeutig gegen unsere Armee gerichtet ist und deshalb abgelehnt werden muss. Beim zweiten Beitrag handelt es sich um das Communiqué, welches die Gründung des Schweizerischen Aktionskomitees "Nein zur Schwächung unserer Armee" ankündigt.

Wir hoffen, dass Sie von unserem Artikelangebot, das Ihnen selbstverständlich zum kostenlosen Abdruck zur Verfügung steht, Gebrauch machen werden. Wir sind auch jederzeit bereit, Ihnen für Exklusiv-Artikel Kontakte zu Politikern aus Ihrem Einzugsgebiet zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Das Rüstungsreferendum - ein offensichtlicher Angriff auf unsere Armee

Von CVP-Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, Kirchberg

Wenn auch die am 19. Mai 1983 eingereichte Volksinitiative mit schönen Worten das Mitspracherecht des Volkes bei Rüstungsausgaben verlangt, ist sie doch ganz offensichtlich gegen die Armee gerichtet. Es ist ja bezeichnend, dass neben den von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gesammelten rund 80 000 Unterschriften rund 30 000 Unterschriften zusätzlich von der Sozialistischen Arbeiterpartei (vormals Revolutionäre Marxistische Liga) und vom Komitee für Frieden und Abrüstung beigebracht worden sind.

Unserem Parlament steht nur in wenigen Fragen die endgültige Beschlussfassung zu. Zu seinen wichtigsten abschliessenden Kompetenzen gehören die Sicherheitspolitik und die Budgethoheit. Das heisst also, dass unser Parlament auch für die Sicherheit des Landes verantwortlich ist. Unsere Landesverteidigung basiert auf dem in Ausbausritten zu verwirklichenden Armeeleitbild. Diese Ausbauschritte geben uns Gewähr, dass die Bewaffnung unserer Armee langfristig und ungestört geplant werden kann. Dies ist von hoher Wichtigkeit und garantiert uns insbesondere unsere Unabhängigkeit nach aussen.

Ein finanzpolitisches Unding

Die für die Beschaffung von Kriegsmaterial, für die Erstellung militärischer Bauten und den Landerwerb notwendigen Mittel sowie die Auslagen für das Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramm der Armee sind seit Jahrzehnten durch das Parlament abschliessend bewilligt worden, weil dem Parlament die Budgethoheit zusteht. Damit ist die zielgerichtete und ungestörte Planung der Ausrüstung unserer Armee sichergestellt. Ueber die Beschaffung von Rüstungsgütern wachen die beiden Militärkommissionen des National- und Ständerates. Dabei werden Auslagen für unsere Armee immer genau unter die Lupe genommen und überprüft. Es gibt also diesbezüglich kein Tabu. Diese Regelung hat sich bewährt. Es ist nicht einzusehen, weshalb sie heute geändert werden sollte.

Mit dem Rüstungsreferendum wollen die Initianten einen kleinen Teil der Ausgaben der Budgethoheit des Parlamentes entziehen, nämlich ausgerechnet und nur die Auslagen für die Armee. In allen anderen Bereichen (SBB, Landwirtschaft, Bildung, Soziales usw.) soll das Parlament in Budgetfragen abschliessend zuständig sein. Dies wäre doch ein Unding. Wenn man über diese Fragen diskutie-

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
"NEIN ZUR SCHWÄCHUNG UNSERER ARMEE"

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern, Tel. 031/44 58 94

Bern, 10. Januar 1987

Communiqué

Ein Schweizerisches Aktionskomitee bekämpft das Rüstungsreferendum:

Nein zur Schwächung unserer Armee!

PD. Das über die Jahreswende in Bern gegründete Schweizerische Aktionskomitee "Nein zur Schwächung unserer Armee" lehnt die Volksinitiative "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" entschieden ab und wird sich im Vorfeld der Abstimmung vom 5. April 1987 für die Verwerfung des sogenannten "Rüstungsreferendums" einsetzen. Präsiert wird das Komitee von Ständerat Jakob Schönenberger (CVP/SG) und den Nationalräten Jacques Martin (FDP/VD) und Adolf Ogi (SVP/BE). Das Vizepräsidium setzt sich aus Ständerätin Josi Meier (CVP/LU), den Ständeherren Franco Masoni (FDP/TI), Otto Schoch (FDP/AR) und Ernst Steiner (SVP/SH) sowie den Nationalräten Paul Wyss (FDP/BS), Willy Loretan (FDP/AG), Peter Spälti (FDP/ZH), Hermann Wellauer (CVP/TG), Jean-Pierre Berger (SVP/VD), François Jeanneret (Lib./NE) und Hans Oester (EVP/ZH) zusammen. Insgesamt haben sich rund 140 Mitglieder des National- und Ständerates dem Komitee angeschlossen.

Nach Auffassung des Schweizerischen Aktionskomitees ist das Rüstungsreferendum eindeutig gegen unsere Armee gerichtet und zielt auf deren Schwächung. Die langfristige und umfassende Planung der Bewaffnung und Ausrüstung unserer Armee würde behindert und der Grundsatz der absolut notwendigen Geheimhaltung bei Rüstungsgeschäften verletzt werden. Ausserdem ist es staats- und finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen, einzig und allein die Militärausgaben dem Referendum zu unterstellen, fällt doch gemäss Bundesverfassung die uneingeschränkte Finanzhoheit in die Zuständigkeit unseres Parlamentes. Es ist deshalb geboten, die am kommenden 5. April zur Abstimmung gelangende Volksinitiative "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" abzulehnen.

(25 Zeilen)

ren wollte, könnte man nur über ein allgemeines Finanzreferendum diskutieren. Mehrere diesbezügliche Anläufe sind aber bisher im Sand verlaufen.

Gefährliche Absichten hinter schönen Worten

Der Anteil unserer Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt ist in den letzten 25 Jahren dauernd gesunken. Die Militärausgaben haben sich im Vergleich zu anderen Ausgabegruppen unterdurchschnittlich entwickelt. Es liegt also keine Ueberbordung vor.

Die Initiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben ist gefährlich, weil sie ihre wahre Absicht hinter schönen Worten verbirgt. Da ist die Initiative für die Abschaffung der Armee viel ehrlicher, weil sie ihr Ziel offen bekanntgibt und sich nicht hinter irgendwelchen Floskeln verbirgt.

Die am 5. April dieses Jahres zur Abstimmung angesetzte Initiative ist abzulehnen, weil sie offensichtlich unsere Armee schwächen will, indem sie die Rüstungsbeschaffung unter dem Vorwand des Ausbaus demokratischer Rechte auf unerträgliche Art zu erschweren sucht, sich letztlich also gegen unseren Staat richtet. Wir treten ein für eine starke, planmässig und kontinuierlich ausgerüstete und auszurüstende Armee, im Bewusstsein, dass nur eine solche Armee ihre Aufgabe der Dissuasion (Abschreckung) erfüllen kann.